

100 Jahre AFB
– 100 Jahre sozialdemokratische Bildungspolitik
von Dr. h.c. Edelgard Bulmahn,
Bundestagsvizepräsidentin, a. D
Bundesministerin, a. D.
Beitrag auf dem Festakt
am 10 Mai 2019 in Berlin

Anrede,

die SPD ist die Bildungspartei, nicht nur, weil sie als Arbeiterbildungsverein gegründet wurde, sondern, weil sie wie keine andere Partei die Bildungspolitik vorangetrieben hat.

Bildungspolitik war und ist ein Herzstück sozialdemokratischer Politik. Die Emanzipation des Menschen, die Befreiung aus den Schranken der Herkunft, kann ohne Bildung nur schwerlich gelingen.

Bildung ist die Schwester der Demokratie, das Tor zu einem selbstbestimmten und zur Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen Leben, wie auch am Arbeitsmarkt. Das ist unsere Grundüberzeugung!

Heute, im Zeitalter schnellen Wissenszuwachses, weltumspannender Kommunikation, rascher Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch angesichts von Fake News, einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft, wachsender Umweltprobleme und eines ungebremsten Klimawandels ist Bildung von strategischer Bedeutung.

Gute Bildung ist buchstäblich eine Überlebensfrage der Menschheit.

Wenn die Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen der SPD in diesen Tagen ihren hundertjährigen Geburtstag feiern kann, so ist dies Anlass genug, zurückzublicken auf das, was in 100 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik erreicht wurde, aber auch nach vorn zu blicken auf das, was wir jetzt angehen müssen.

Wie alles begann, weiß der Vorwärts vom 22. April 1919 zu berichten: „Am Ostermontag begann unter Leitung von Heinrich Schulz die Tagung der ersten sozialdemokratischen Lehrerkonferenz, die vom Parteivorstand nach Berlin einberufen war. [...] Zur Verhandlung stehen folgende Beratungsgegenstände: Die Stellung der sozialdemokratischen Lehrerorganisation; die sozialistischen Lehrer in der Schule; der sozialdemokratische Lehrer als Staatsbürger; Schaffung einer sozialdemokratischen Lehrerorganisation und Lehrerzeitung.“

Die Runde zeigte sich im Übrigen überaus diskussionsfreudig. „In der Diskussion wurde allgemein die Unzufriedenheit der Lehrer mit der bisherigen Entwicklung der Dinge auf dem Gebiet des Schulwesens zum Ausdruck gebrachte,“ meldete der Vorwärts von den Verhandlungen des Folgetages. In den einzelstaatlichen Kultus-

ministerien herrsche noch immer der konservative Geist, und auf dem Lande würden die Lehrer wie früher von der Schulaufsicht drangsaliert. Es waren jedoch nicht nur die eigenen Berufsinteressen, für die die Sozialdemokratische Lehrerkonferenz in der Folgezeit focht. Sie war es, die die Partei immer wieder an ihre bildungspolitischen Versprechen erinnerte und deren Umsetzung anmahnte.

Es gab klare Vorstellungen über die Ausgestaltung sozialdemokratischer Schulpolitik: Kostenfreie Bildung, Einheitsschule statt Dreiklassensystem, staatliche statt kirchliche Schulaufsicht, wissenschaftsbasierte Unterrichtsinhalte, Erziehung zum mündigen Staatsbürger statt zum Untertan, akademische Lehrerausbildung und Schulpflicht für Jugendliche in der Berufsausbildung. Der Rat der Volksbeauftragten mochte sich ob der Komplexität des Themas allerdings nicht mit der Schulmaterie befassen und überließ diese der Nationalversammlung.

Dort brach dann ein ungewöhnlich heftiger Streit um die Alternative weltliche oder konfessionelle Schule aus. Das Zentrum sah hier keinen Bewegungsspielraum, „katholische Kinder dürften nichtkatholische, neutrale, simultane Schulen, die also auch Nichtkatholiken offenstehen, nicht besuchen.“ Da ein Bestehen der Sozialdemokraten auf der weltlichen Schule die Verabschiedung der Verfassung insgesamt infrage gestellt hätte, sah sich der SPD-Führung zum Nachgeben veranlasst. Es kam zum noch heute geltenden Weimarer Kompromiss in der Schulfrage. Die Konfessionsschulen blieben faktisch die dominierende Schulform.

Auf der Grundlage dieses Kompromisses gelang es uns Sozialdemokraten dennoch viele unserer bildungspolitischen Forderungen in der Weimarer Verfassung zu verankern, wie die Einführung der staatlichen Schulaufsicht, die Verankerung einer allgemeinen Schulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, die Errichtung einer einheitlichen Grundschule, die Förderung von Kindern aus einkommensschwachen Familien, oder die akademische Ausbildung aller Lehrer.

Die Umsetzung der Verfassungsaussagen und –aufträge sollte im Rahmen eines Reichsschulgesetzes erfolgen. Dem 1921 durch vorgelegten Gesetzentwurf war jedoch kein Erfolg beschieden.

Allein das 1920 eingebrachte Grundschulgesetz konnte durchgesetzt werden. Die Einführung einer einheitlichen für alle verbindlichen Grundschule ist das bleibende

Verdienst sozialdemokratischer Schulpolitik der Weimarer Republik. Selbst die vehementesten Gesamtschulgegner der 60er und 70er Jahre stellten diese nicht mehr infrage, obgleich doch auch die Grundschule eine Gesamtschule war.

An die Weimarer Diskussionen knüpften auch die Reformbestrebungen nach der Befreiung durch die Alliierten wieder an. Erste Reformanläufe, wie die Einführung einer acht- bzw. sechsjährigen Grundschule, wurden rasch wieder zurückgedrängt. Es blieb im Westen beim dreigliedrigen Schulsystem und bei den Konfessionsschulen. Mit dem Grundgesetz, das den Weimarer Kompromiss übernahm, aber keine Gesetzgebungskompetenzen im Bildungsbereich mehr für den Bund vorsah, fiel die Bildungspolitik in der Zuständigkeit der Länder. Grundlegende Reformen waren in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft nicht durchzusetzen, zumal hierfür auch gar kein Bedarf zu geben schien. Behaupteten vermeintliche Fachleute wie der Soziologe Karl Valentin Müller doch, dass es in jeder Generation allenfalls 5% mit einer theoretischen Begabung gäbe. Da musste man sich auch keine Gedanken über einen Ausbau des Bildungssystems machen.

Das Grundversprechen einer Demokratie, Chancengleichheit und ein für alle Kinder offener Bildungsweg, geriet in Vergessenheit.

Fahrt nahm die Reformdiskussion in der Bundesrepublik erst wieder auf, als Georg Picht 1964 die Bildungskatastrophe heraufbeschwor. Bildungsexpansion und Chancengleichheit waren die Stichworte, die das nachfolgende Reformjahrzehnt prägten. Es war die SPD, die die Reformen erst in den Ländern und später auch im Bund vorantrieb. Und es war die AFB, die Wissenschaft, Politik, Schule, Ausbildung und Erwachsenenbildung zusammenbrachte, in einem engen Netzwerk verband, nicht nachließ in Partei und Gesellschaft für die Reformen zu werben, Konzepte entwickelte und neue Ideen in die Diskussionen einbrachte. Die sozialdemokratische Vision von Chancengleichheit und Bildung als wichtigem Schritt zur Emanzipation des Menschen sollte endlich eingelöst werden.

In diesem Reformjahrzehnt wurden von den sozialdemokratischen Regierungen zunächst in den Ländern und dann im Bund die Weichen gestellt. Die wichtigsten waren der Aufbau integrativer und kooperativer Gesamtschulen, die Einführung der Orientierungsstufe, die grundlegende Reform der Curricula, die Öffnung des 2. Bildungsweges, neue Unterrichtsformen wie der Gruppen- oder der Projektunterricht,

die Reform der Sekundarstufe II, der Ausbau und die Gründung von Universitäten und besonders von Fachhochschulen auch in den Peripherien. Die gesetzliche Regelung eines Anspruchs auf Bildungsurlaub, der Ausbau der Erwachsenenbildung, das Berufsbildungsgesetz, das endlich auch der beruflichen Bildung den notwendigen Qualitätsschub gab mit den bundesweit geregelten Ausbildungsberufen, der Gründung des BiBB und den Mitwirkungsrechten der Gewerkschaften, das Hochschulbauförderungsgesetz. Die Gründung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, die Einführung des BAföG als Vollzuschuss für Schüler und Studierende, das Hochschulrahmengesetz.

Chancengleichheit war und ist **das** Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. Arbeiterkinder sollten endlich bessere Chancen auf höhere Bildung und damit bessere Berufs- und Teilmöglichkeiten erhalten. Und viele von denen, die heute hier sind, mich selbst eingeschlossen, haben diese Chancen genutzt. Als Arbeiterkind, weiblich, aufgewachsen in einem kleinen Dorf, hätte ich ohne die sozialdemokratischen Bildungsreformen weder ein Abitur noch einen Hochschulabschluss.

Das Kernanliegen der Regierung Brandt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ machte auch nicht vor den Schultoren Halt.

Mit dem Bruch der sozialliberalen Koalition und der Kohlschen geistig-moralischen Wende erstarkte die konservative Gegenbewegung. Schule müsse wieder erziehen, es müsse wieder etwas gelernt werden und arbeitslose Hochschulabgänger als Taxifahrer brauche das Land schon gar nicht.

Eine Bildungsgesamtplanung für Deutschland war in den Augen der Konservativen überflüssig. Der deutsche Bildungsrat wurde 1975 aufgelöst, die BLK verlor 1982 die Zuständigkeit für die Vorlegung eines Bildungsgesamtplans. Eine bleierne Zeit der Bildungspolitik begann. Die Bildungsausgaben blieben immer mehr hinter der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zurück, das BAföG blutete aus, das Schüler-BAföG wurde weitgehend zusammengestrichen. Deutschland verlor den Anschluss an die internationale Entwicklung.

Das alles änderte sich im Bund erst 1998. Die rot-grüne Bundesregierung brachte wieder neuen Schwung in die gesamtdeutsche Bildungsdebatte.

Im Einvernehmen mit den Ländern rief ich das Forum Bildung ins Leben, das Emp-

fehlungen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems erarbeiten sollte. Viele der damals erarbeiteten Handlungsempfehlungen wurden dann in den folgenden Jahren umgesetzt: Der Ausbau und die Qualitätsverbesserung der frühkindlichen Bildung, die Stärkung der individuellen Förderung, der Aufbau von Ganztagschulen, eine regelmäßige Bildungsberichterstattung oder die Einführung von Kompetenzstandards.

Das große Ganztagschulprogramm und das damit verknüpfte Begleitprogramm, das ich als Bundesministerin 2003 startete, bewirkte einen Kulturwandel und beförderte die Debatte um das, was eine gute Schule ausmacht. Endlich wurde anerkannt, dass Kinder mehr Zeit und individuelle Unterstützung und Förderung benötigen, damit sie zeigen können, was in ihnen steckt. Das Programm wurde seitens der CDU regierten Länder und der konservativen Presse heftigst bekämpft. Die sozialistische Ministerin, die das DDR-Schulsystem einführen wollte, war nur einer der Vorwürfe. Heute ist die Ganztagschule breit akzeptiert.

Die Einführung nationaler Bildungsstandards und einer regelmäßigen bundesweiten Bildungsberichterstattung, die nach langen Auseinandersetzungen endlich in 2004 beschlossen wurden, haben die Qualitätsentwicklung gestärkt, aber auch Verbesserung der Erzieher- und Lehrerausbildung angestoßen.

Die Hochschulen erhielten endlich eine bessere finanzielle Unterstützung. Die Einführung der BA/MA-Studiengänge erhöhte nicht nur die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen, sondern setzte auch eine Qualitätsdebatte der Lehre in Gang, um inzwischen nahezu 50% eines Jahrgangs ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen.

Dem BAföG wurde neues Leben eingehaucht mit einer kräftigen Erhöhung, wie auch mit einer Darlehensrückzahlungsbegrenzung auf 10.000,00 € und der Mitnahmemöglichkeit ins Ausland.

Die Weiterbildung wurde mit einem ambitionierten Programm, das die Schaffung von regionalen Weiterbildungsnetzwerken initiierte und unterstützte, gestärkt.

Eine qualitative Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, und zwar auf allen Ebe-

nen, war das Ziel unserer breit angelegten Initiative zur Modernisierung der beruflichen Bildung. Kernstück war das neue Berufsbildungsgesetz. Mit der ersten Reform seit Bestehen des Gesetzes modernisierten wir mehr als die Hälfte aller Berufsbilder, verbesserten die Qualität und die Attraktivität der beruflichen Bildung, schafften neue Zugänge für Schüler ohne oder mit schlechten Schulabschlüssen, stärkten die Kooperation der Akteure durch die Schaffung regionaler Ausbildungsnetze und öffneten die Kammerabschlussprüfungen für vergleichbare schulische Abschlüsse.

Meine Damen und Herren, kein Zweifel, wir haben in den letzten gut 50 Jahren in der Bildungspolitik viel erreicht. Wir haben die duale Berufsausbildung zu einem weltweiten Vorzeigemodell entwickelt. Es ist uns gelungen, die Bildungsbeteiligung deutlich auszubauen. Die Abiturienten- und die Studierendenquote haben eine früher nicht für möglich gehaltene Größenordnung erreicht. Hochschulbildung ist kein Privileg mehr. Mädchen- und Frauen haben im Bildungssystem inzwischen die gleichen Chancen wie Jungen und Männer. Wir haben den Ausbau von Ganztagschulen und eine Überwindung von Qualitätsdefiziten in Angriff genommen. Wir haben die Kindergärten zu pädagogischen Einrichtungen weiterentwickelt, ein Stipendiensystem, das BAFöG, auf den Weg gebracht, in sozialdemokratisch regierten Ländern Bildungsurlaubsgesetze durchgesetzt und den Ausbau der KiTas vorangetrieben und schließlich das Kooperationsverbot von 2006 wieder aus unserer Verfassung geworfen.

Das sind Erfolge, die es ohne sozialdemokratische Bildungspolitikern und -politikerinnen so nicht gegeben hätte und das sollten wir auch selbstbewusst vertreten.

Aber ohne sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Die Herstellung von Chancengleichheit ist seit mehr als 100 Jahren zentrales Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. Und wie so oft im Leben müssen wir einräumen, dass wir die Vision, die wir hatten bei weitem noch nicht erreicht haben. Bildung ist Emanzipation, befreit den Menschen von den Zwängen seiner Herkunft. Ja, es stimmt, gerade für viele aus meiner Generation ist dies gelungen und dennoch bestimmt nach wie vor die soziale Herkunft maßgeblich über den Bildungsweg eines Kindes.

Und es ist erheblich schwieriger geworden, nachhaltige Fortschritte zu erzielen. Die wachsende Spaltung der Gesellschaft, die in den Städten deutlich sichtbar ist und

zu Vierteln mit einem überproportionalen Anteil von einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund geführt hat. Dies ist auch eine große Herausforderung für die Bildungspolitik.

Wir werden in KiTAs, Kindergärten und Schulen dieser Viertel künftig sehr, sehr viel mehr investieren und sie zugleich deutlich besser mit Personal ausstatten müssen.

Wir haben in Deutschland inzwischen viele, richtig gute, vom pädagogischen Konzept her überzeugende Ganztagschulen. Dies trifft leider aber lange noch nicht auf alle zu. Dabei bieten gerade die Ganztagschulen vielfältige Möglichkeiten, Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern, neue Unterrichtsformen zu entwickeln und das Leben außerhalb der Schule in die Schulen zu holen. Ich weiß, das kostet Geld. Sollten unsere Kinder uns das aber nicht Wert sein?

Das bringt mich auf den nächsten Punkt, das Bund-Länder-Verhältnis und die Finanzverfassung. Wir sollten hier nicht immer die alten Schlachten aufwärmen, sondern zu einer produktiven Neuordnung kommen. Die Bürgerinnen und Bürger haben in unserem Land schon lange kein Verständnis mehr für die Schaugefechte. Sie sprechen sich klar für ein Mindestmaß an Einheitlichkeit des Bildungswesens im Bundesgebiet aus. Sie wollen, dass Probleme gelöst werden und schließlich wollen Sie bei wesentlichen bildungspolitischen Entscheidungen mitgenommen und beteiligt werden.

Dies, meine Damen und Herren, ist kein Plädoyer für ein Bundeskultusministerium, sondern vielmehr für eine neue Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern. Das Kooperationsverbot war einer der schwersten politischen Fehler der vergangenen Jahre. Es ist aber auch keine Lösung, zu glauben, wenn der Bund nun wieder mitfinanzieren dürfe, sei die Welt in Ordnung. Der Bund kann zwar in besonderen Fällen wie bei der Modernisierung der Berufsschulen, bei der Einrichtung von Ganztagschulen oder der IT-Ausstattung eine Anschubfinanzierung leisten, es sind aber die Länder und Kommunen, die die Finanzierung der Bildungseinrichtungen dauerhaft sicherzustellen haben.

Mein Vorschlag: Ein Bildungspakt zwischen Bund und Ländern. Der Bund überlässt Ländern und Kommunen einen höheren Anteil am Steueraufkommen, dafür willigen die Länder in die Errichtung eines Bildungsrates ein, an dem, wie ich es mit dem

Forum Bildung vorgemacht habe, nicht nur die staatlichen Ebenen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt sind, sondern auch Eltern, Schüler, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Religionsgemeinschaften.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsgemeinschaft für Bildung hat in ihrer hundertjährigen Geschichte wichtige bildungspolitische Debatten angestoßen und befördert. Sie war stets ungeduldig, hat eine schnellere und konsequentere Umsetzung von Reformvorhaben eingefordert und eingeleitete Reformprozesse kritisch begleitet. Sie hat dafür gesorgt, dass die SPD ihren bildungspolitischen Kompass nie verloren hat. Mein Wunsch: Mischt Euch weiterhin entschlossen und mit Beharrlichkeit in die innerparteiliche bildungspolitische Debatte ein. Habt immer ein Ohr für die Interessen und Sorgen der Menschen in unserem Land. Bezieht Eltern, Schüler, Lehrende, Wissenschaftler, Kulturschaffende und Religionsgemeinschaften in den bildungspolitischen Diskurs mit ein. Werbt für unsere bildungspolitischen Vorstellungen, seid aber immer auch offen die Anregungen und neue Debattenbeiträge. In diesem Sinne wünsche ich der AFB alles Gute für die nächsten hundert Jahre.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.